

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

17./18. Juni 2011, Dresden, Gewerkschaftshaus



Beschluss:

Sachsens Energie ist erneuerbar! Jetzt ernst machen mit der Energiewende.

Sachsens Energie ist erneuerbar! Jetzt ernst machen mit der Energiewende.

„Die Zukunft der Energiepolitik ist der Schlüssel für die Zukunft Sachsens.“ Mit dieser Aussage hat Ministerpräsident Tillich in seiner Regierungserklärung am 25. Mai 2011 zu einem breiten gesellschaftlichen Dialog über den Umbau der Energiestruktur ein-geladen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen nehmen diese Einladung an. Auch wenn für viele Probleme noch keine fertigen Lösungen existieren - sichere Energieversorgung ohne Kohle und Atom ist Herausforderung und Chance für Sachsen. Wir wollen einen politischen Rahmen schaffen, der die Innovationskraft sächsischer Wissenschaftler, Ingenieure, Unternehmer und die Kreativität der gesamten Gesellschaft fördert und fordert.

Damit Sachsen nicht zum energiepolitischen Schlusslicht wird, sind jetzt konsequente Weichenstellungen, klare, realistische Ziel- und Zeitvorgaben und transparente Entscheidungsverläufe für die Energiewende notwendig:

1. Schneller und endgültiger Atomausstieg auf Bundesebene

Fukushima hat der Welt dramatisch vor Augen geführt, wogegen wir seit über 30 Jahren kämpfen und was die Atomlobby als 'Restrisiko' verharmlost: schwerste gesundheitliche Risiken für die breite Bevölkerung, atomare Verseuchung großer Regionen und Meere, gigantische Schadensfälle, für die keine Versicherung haftet. Längere Laufzeiten gefährden darüber hinaus den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den notwendigen Umbau zu einem flexiblen, dezentralen Versorgungsnetz. Wir wollen deshalb so schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- die sofortige und endgültige Stilllegung der 7 ältesten AKW und des AKW Krümmel, ohne die Option, einzelne AKW später wieder einsetzen zu können (Kaltreserve),
- die schrittweise endgültige Abschaltung aller AKW bis spätestens 2017 ohne Revisionsklausel und Laufzeittrickseriein,
- bis zur Abschaltung die Überprüfung der AKWs ob sie den Anforderungen an den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zum sicheren Betrieb genügen, sofern dies nicht der Fall ist, sind die AKWs die den Anforderungen nicht genügen vom Netz zu nehmen oder nachzurüsten,
- den Verzicht der bundeseigenen Wismut GmbH auf den Export des bei der Sanierung des Bergwerkes Königstein anfallenden Uranoxid-Schlammes (Uranoxidschlamm fällt beim Reinigen der Flutungswässer an wird für den Einsatz in AKW aufbereitet).
- Die vollständige Beendigung des atomaren Kreislaufs und keinen Export von Risikotechnologien.

2. Atomausstieg in Sachsen glaubwürdig anerkennen

Wir unterstützen die Forderungen der Antiatom Initiativen in Sachsen. In Fukushima hat sich 25 Jahre nach Tschernobyl das atomare Restrisiko erneut verwirklicht. Die Notwendigkeit zu einem anderen Handeln in der Energiepolitik ist damit erneut manifest geworden. Auch in der sächsischen Energiepolitik muss es daher Konsequenzen geben. Das Bekenntnis zum Atomausstieg ist unglaubwürdig, solange die Kernkraftnutzung im Energieprogramm der Staatsregierung als Option für Sachsen fest verankert ist, öffentliche Einrichtungen Atomstrom weiter nutzen und sächsischer Atommüll in einer der verstrahltesten Regionen der Welt, in Majak, unsicher entsorgt werden soll.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- die Option Atomenergienutzung und ihre Förderung im sächsischen Energieprogramm aufzugeben,
- den Verzicht auf den Transport der sächsischen Brennelemente, die ursprünglich aus dem Forschungsreaktor Dresden-Rossendorf stammen und derzeit in Ahaus lagern in die unsichere Wiederaufbereitungsanlage Majak (Russland) und Vorlegung eines Konzeptes zur sicheren Entsorgung dieser Brennelemente gem. § 9a ATG,
- ein sicheres Entsorgungskonzept für die hochgefährlichen nuklearen Stoffe in Rossendorf (Plutonium),
- die vollständige Ablösung von Atomstrom durch regenerativen Strom bei regionalen Energieversorgern und Stadtwerken sowie beim Strombezug aller Einrichtungen und Unternehmen des Freistaates und der Kommunen,
- eine ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager in ganz Deutschland – Sachsen eingeschlossen, welche nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgt mit dem Ziel, die bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten,
- -das der Freistaat Sachsen sich gegen den geplanten Neubau eines sogenannten Kugelhaufenreaktors in Polen und gegen den Ausbau des Hochrisikoreaktors im tschechischen Temelin stark macht.

3. Klimaschutz ernst nehmen - Braunkohleausstieg verbindlich festlegen

Wir verstehen Klimaschutz als gemeinsame globale Aufgabe, an der sich Sachsen vorbildlich beteiligen muss. Klimaziele ernst nehmen, heißt anzuerkennen, dass Industriestaaten wie Deutschland ihre Emissionen bis zu Jahrhundertmitte um 90 Prozent reduzieren müssen. Für Sachsen heißt dies, spätestens bis zum Jahr 2030 die Stromversorgung und bis zum Jahr 2050 auch die Wärmeversorgung treibhausgasfrei zu gewährleisten. Wir wollen, dass bis dahin Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als Brückentechnologien dienen, um eine schwankende Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom abzufedern. Der Atomausstieg darf nicht zur Renaissance der Braunkohle führen, denn eine klimaverträgliche Energieversorgung ist nur ohne Braunkohleverstromung möglich. Sie ist als Brückentechnologie ungeeignet, weil sie die durch Umbau der Energieversorgung schrittweise zu erreichenden Klimaziele sofort wieder zunichte machen würde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- die verbindliche und entschädigungslose Begrenzung der Laufzeiten der vorhandenen Kohlekraftwerke entsprechend ihrer wirtschaftlichen Amortisation,

- den Verzicht auf die Neuausweisung von Tagebauflächen in den Raumordnungsplänen sowie die Rücknahme zugelassener Tagebauflächen, soweit dies rechtlich entschädigungsgelos möglich ist,
- die Entwicklung und Finanzierung eines wirtschaftlichen und sozialen Umbaukonzeptes für die bisherigen Kohleregionen in der Lausitz und im Südraum Leipzig,
- die Aufgabe der CCS-Technologie (Abscheidung, Einlagerung von Kohlendioxid) als Option zur Verlängerung der Braunkohle, da die CCS-Technologie großtechnisch nicht vor 2025 zur Verfügung steht, den Wirkungsgrad senkt und ebenfalls stark risikobehaftet ist.

4. Sachsen braucht ein neues Energieprogramm - ohne Kohle und Atom

Eine sichere, zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung wird zukünftig nur auf der Basis von 100 Prozent erneuerbarer Energien und dezentraler Strukturen sowie großräumiger Vernetzung möglich sein. Das Gelingen dieser Energiewende entscheidet über den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und damit über die Zukunft Sachsens, über unseren Wohlstand, über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verbunden mit hunderttausenden Arbeitsplätzen und über unsere zukünftige Mobilität. Mit den richtigen Weichenstellungen können Wind, Sonne und Biomasse schon im Jahr 2020 den Großteil des sächsischen Strombedarfs decken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- einen Schwerpunkt auf den Bereich der Energieeffizienz zu legen, durch ein konzertiertes Programm kann bereits dadurch der Energieverbrauch im Freistaat deutlich gesenkt werden kann,
- einen konkreten Ausbauplan für die Erneuerbaren Energien in Sachsen mit dem Ziel, den Strombedarf bis zum Jahr 2020 zu 75 Prozent und bis spätestens 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken,
- die Ausweisung neuer Eignungs- und Vorranggebiete für Windkraft im Landesentwicklungsplan unter Beachtung von Siedlungsabstandsflächen, Taburäumen zum Naturschutz und unter Einbeziehung der betroffenen Bürger und Gemeinden mit dem Ziel, bis zu 2 Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche vorzuhalten,
- die Ersetzung kleiner, alter Windkraftanlagen durch leistungsfähigere und im Betrieb leisere Anlagen (Repowering),
- die Erstellung von Katastern für Dächer, bauliche Anlagen und versiegelte Flächen, die sich für die Gewinnung von Solarenergie eignen,
- die Verfahrensfreiheit für gebäudegebundene Photovoltaikanlagen und Kleinwindanlagen in der sächsischen Bauordnung,
- die Ausrichtung der energetischen Verwertung von Biomasse auf Kraft-Wärme-Kopplung und auf Reststoffe (die anderweitig nicht verwertbar sind) bzw. nachhaltige Anbaumethoden (keine großflächigen Monokulturen und kein Einsatz gentechnisch veränderter Organismen),
- ein Zuschussprogramm für die schnelle energetische Gebäudesanierung von Mietwohnungen,
- Förderung dezentraler Anlagen, vor allem solcher, die nicht für das Netz sondern für den Eigenbedarf produzieren oder den regionalen Bedarf.

5. Versorgung sichern - Netze und Speicher ausbauen

Um eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung für Wirtschaft, Handel und private Haushalte zu sichern, muss jetzt der Umbau der sächsischen Energiewirtschaft beschleunigt und der Ausbau der Netze auf die flexiblen Erfordernisse der Erneuerbaren Energien ausgerichtet werden. Wir wissen, dass hier große technologische Herausforderungen zu bewältigen sind. Wir unterstützen Kommunen, wenn sie ihre Netze und Stadtwerke zurückkaufen, denn starke kommunale Stadtwerke sind der Schlüssel für die Dezentralisierung der Energiewirtschaft und damit für mehr Wettbewerb im Markt. Sie haben die Kraft für die notwendigen Investitionen in KWK-Anlagen, Verteilnetze und Wärmenetze.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- die Erarbeitung eines Landesplans „Stromnetz Sachsen 2020“ nach Offenlegung der Netzdaten und Lastflüsse und unter Einbeziehung des Bahnstromnetzes,
- Erdkabel als Regelalternative zu Freileitungen auf der Ebene des 110-KV-Netzes,
- die Bündelung neuer Stromtrassen mit anderen linienhaften Infrastruktureinrichtungen (z.B. Straßen, Schienen etc.),
- eine Alternativen- und Verträglichkeitsprüfung vor der Verlegung von Erdkabel oder Freileitungen in Natura-2000- und Naturschutzgebieten sowie im Nationalpark,
- eine faire Kostenverteilung beim innerdeutschen Netzausbau über eine gesamt-deutsche Umlegung der Netzausbaukosten,
- die Förderung der Entwicklung neuer Speichertechnologien,
- die Erfassung, Schaffung und Bereitstellung von Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge,
- die Neuausrichtung der Energieforschung in Sachsen auf Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und -effizienz, Stromnetzmanagement („intelligente Netze“, SmartGrids), Datensicherheit und Speichertechnologien durch Umwidmung der öffentlichen Mittel und Ressourcen aus der Kohlekraftwerks- und Atomforschung.

6. Bezahlbare Energie - volkswirtschaftliche Gesamtkosten beachten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen haben die Entwicklung der Lebenshaltungskosten heutiger und künftiger Generationen im Blick. Entschlossen treten wir daher der Lüge vom günstigen Atom- und Braunkohlestrom entgegen. Atomstrom kostet laut aktueller Studien in Wirklichkeit fast doppelt so viel wie Wasserkraft und zwei Drittel mehr als Windenergie. Es ist verantwortungslos, Bürger, Volkswirtschaft und kommende Generationen mit derart hohen Kosten für die Energieversorgung zu belasten. Auch Braunkohleabbau und -verstromung haben einen hohen Preis. Die Kosten durch Umweltfolgen für Landschaft und Klima, durch soziale Folgen von Heimatzerstörung und Vertreibung und durch öffentliche Subventionen steigen. Es ist finanzpolitischer und volkswirtschaftlicher Irrsinn, auf eine Energieversorgung zu setzen, die sich Sachsen in absehbarer Zeit nicht mehr leisten kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- die Beendigung aller direkten und indirekten Subventionen auf Bundes- und Landesebene für die Braunkohleindustrie (keine Privilegien im Emissionshandel, Erhebung von Feldes- und Förderabgaben soweit möglich und von Wasserentnahmeentgelten),

- den Stopp der Vertreibung von Menschen sowie der weiteren Zerstörung von Dörfern und Landschaften durch Erweiterungen bzw. Weiterführung der Tagebaue Schleenhain, Welzow, Nochten und Reichwalde,
- stärkere Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf den Umweltbezug. Keine Förderung von nicht nachhaltigen Projekten die den Zielen der Energieeffizienz und des Klimaschutzes entgegenlaufen.

7. Neue Energie in Bürgerhand – rechtzeitige und verbindliche Beteiligung

Die Energiewende ist nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu leisten. Wir wissen, dass manche den Ausbau der Windkraft aus ästhetischen und Naturschutzgründen ablehnen. Das zeigen die aktuellen Diskussionen beim Ausbau der Wind- und Bioenergie im Erzgebirge. Diesen Bürgerinnen und Bürgern sagen wir, dass ein aktiver Klimaschutz moralisch geboten ist und die Anlagen der Erneuerbaren Energien im Gegensatz zu Tagebauen und radioaktiv verseuchten Landschaften leicht rückgebaut werden können. Die landschaftsästhetischen und naturschutzfachlichen Bedenken können durch eine sorgfältige Planung, Bündelungen, Ausgleichsmaßnahmen und Betriebsweisen weitgehend ausgeräumt werden. Weniger höhere Windenergieanlagen sind unauffälliger als viele kleinere Anlagen. Eine rechtzeitige und bessere Bürgerbeteiligung bereits bei der Planung neuer Energieanlagen sowie transparente Entscheidungsabläufe mit einer Prüfung von Standortalternativen werden die Akzeptanz für neue Anlagen erhöhen. Zugleich bieten dezentrale Strukturen der Energieerzeugung Chancen neuer Wertschöpfung für Kommunen, Landkreise, Mittelstand, Stadtwerke und die Bürgerinnen und Bürger selbst (z.B. Bürgerkraftwerke, Bürger-Energiegenossenschaften, Finanzierung energetischer Sanierung über Beteiligungsmodelle wie Bürger-Contracting).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern:

- keinen Abbau von Verbände- und Bürgerbeteiligung im Planungsrecht und bei Genehmigungsverfahren sondern transparente und zügige Planung des Ausbaus der Netze und der erneuerbaren Energien mit tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und Prüfung von Alternativen (etwa Erdkabel, Standortwahl EE),
- Bürger- und Gemeindebeteiligung bereits in der Phase der Bedarfsfeststellung, somit rechtzeitig vor vorprägenden Entscheidungen zum Energieanlagen- oder Netzausbau,
- verbindliche Möglichkeiten zur Durchsetzung standörtlicher Alternativenprüfungen und berechtigter Belange von Anwohnern,
- eine öffentliche Einrichtung zur Moderation zwischen Energieanlagenbetreibern, Behörden und Anwohnern,
- Unterstützung der Erstellung und Umsetzung regionaler Energiekonzepte im Zuge der 100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Regionen,
- Unterstützung beim Aufbau von Bürgerkraftwerken,
- die Gleichbehandlung von Genossenschaften bei der Vergabe von Fördermitteln.